

Auswertung MDRfragt:

Kann das Grunderbe für mehr soziale Gleichheit sorgen?

Befragungszeitraum: 20.-23.05.2022

24.804 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die Ergebnisse in der Übersicht:

Thema I: Grunderbe

- Knapp zwei Drittel lehnen Grunderbe ab
- Zustimmung unter Jüngeren größer
- Knapp drei Viertel finden, das Grunderbe sorge nicht für mehr soziale Gerechtigkeit
- Mehr als die Hälfte findet Bedingungen für Grunderbe sinnvoll
- Ausbildung und Studium sind favorisierte Bedingungen
- Finanzierung über Erhöhung der Erbschaftssteuer lehnt mehr als die Hälfte ab

Themenbereich II: Politische Ideen und Maßnahmen zur Verringerung der sozialen Unterschiede

- Drei Viertel würden Vermögensteuer begrüßen
- Gespaltenheit bei genereller Erhöhung der Erbschaftssteuer
- Knapp die Hälfte gegen Änderungen am Solidaritätszuschlag

Themenbereich III: Soziale Unterschiede / Förderung Ostdeutschlands

- Knapp acht von zehn sehen große soziale Unterschiede zwischen Ost und West
- Mehr als zwei Drittel sind der Ansicht, der Osten brauche heute noch eine besondere Förderung
- Vor allem Löhne und Renten sollten gefördert werden
- Angleichung der Verhältnisse zwischen Ost und West:
 - Zufriedenheit am größten mit Zustand der Dörfer und Städte
 - Unzufriedenheit am größten mit Gehältern, Renten und politischer Mitsprache
- Knapp zwei Drittel schätzen eigene wirtschaftliche Situation als gut ein

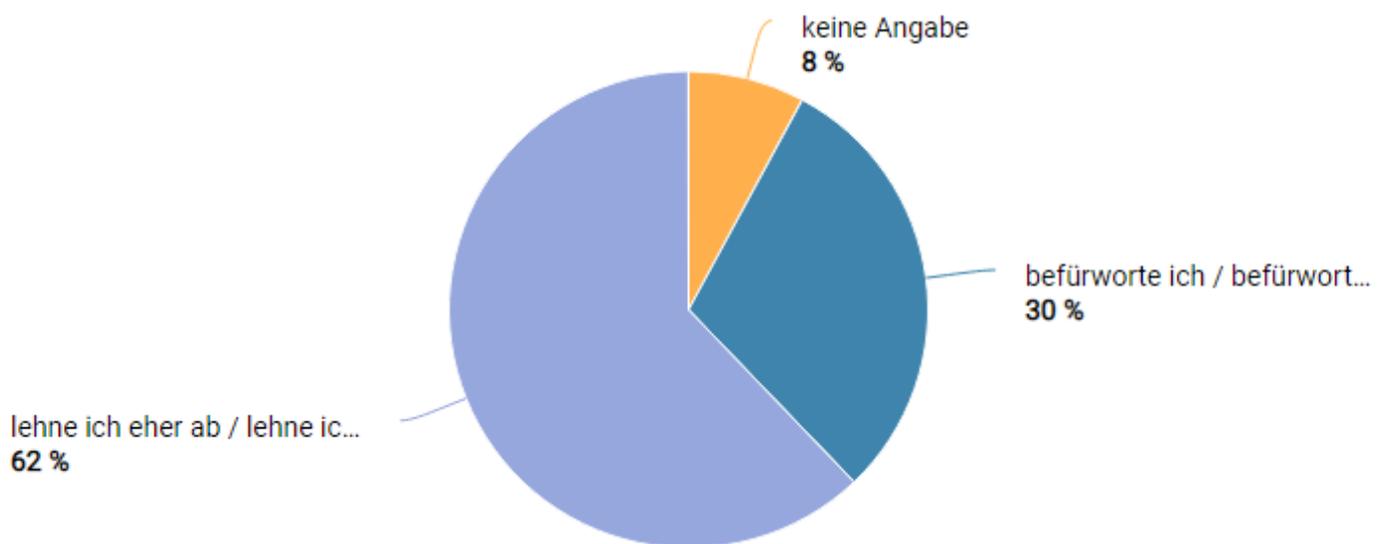
Die Ergebnisse im Detail:

Thema I: Grunderbe

Knapp zwei Drittel lehnen Grunderbe ab

62 Prozent der MDRfragt-Teilnehmenden lehnen die Einführung eines Grunderbes ab. Ein knappes Drittel (30 Prozent) befürwortet sie.

Frage: Nach Ansicht des Ost-Beauftragten Carsten Schneider sind junge Menschen in den neuen Bundesländern benachteiligt, weil sie weniger Erbe erwarten können als Gleichaltrige im Westen. Schneider schlägt deshalb ein "Grunderbe" in Höhe von 20.000 Euro für alle 18-Jährigen (in Ost und West) vor. Was halten Sie von der Einführung eines "Grunderbes"?



Hier einige Kommentare der Befragungsteilnehmenden, warum sie das Grunderbe ablehnen:

„Ich denke, wenn Menschen mit 18 Jahren 20.000 Euro erhalten, werden die wenigsten in diesem Alter in der Lage sein, damit etwas Sinnvolles zu tun. In meinen Augen fehlt die menschliche Reife dazu. Wenn man sich das Geld selber verdienen muss, überlegt man doch ganz anders, wofür was man es ausgibt.“

Annette B., 59 Jahre, Erfurt

„Für jeden jungen Menschen ist es wichtig, klein anzufangen, um eine Wertschätzung zu entwickeln für die Erfahrungen, die man macht.“

Romy T., 52 Jahre, Schmalkalden-Meiningen



Das Meinungsbarometer für Mitteldeutschland

„Es gibt mit Sicherheit junge Leute, die das erhaltene Geld sparen oder so sinnvoll verwenden, dass die damit einen guten Start in ihr selbständiges Leben haben. Aber es gibt auch genügend Menschen, die das Geld einfach verprassen und dann wieder genauso dastehen wie vorher.“

Martin H., 35 Jahre, Eichsfeld

„Um den jungen Menschen den Start ins Leben zu vereinfachen, sollte es mehr Fördermittel für Bildung oder Existenzgründung geben.“

Anja D., 45 Jahre, Landkreis Leipzig

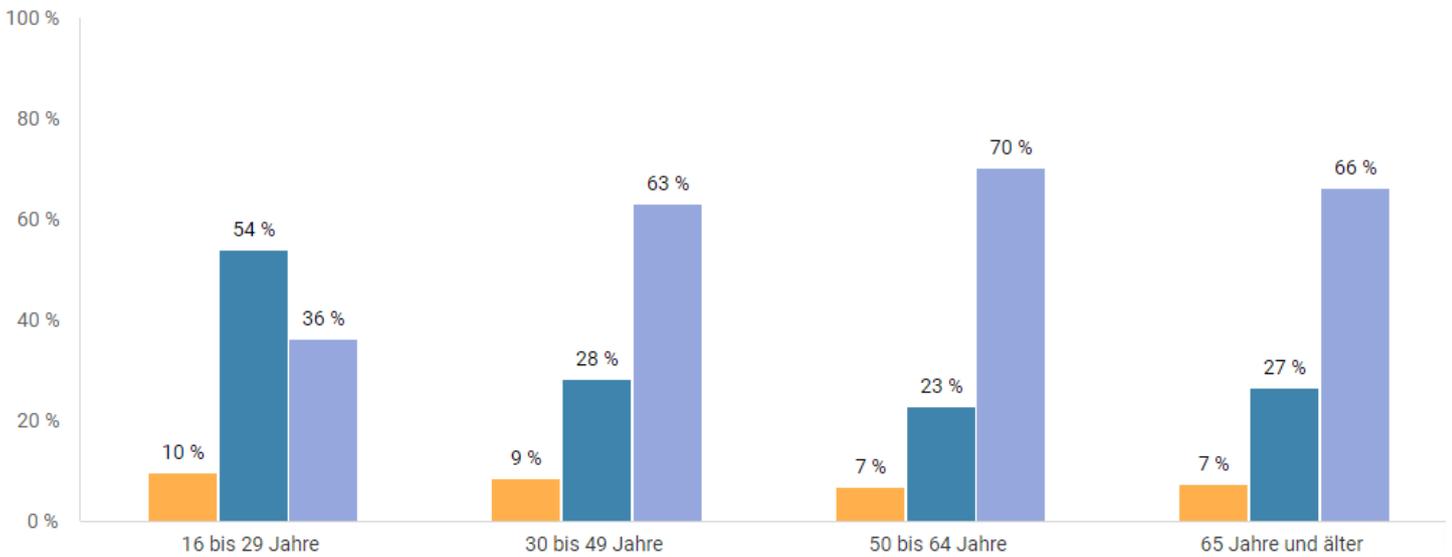
„Wenn unsere Politiker Gesetze erlassen, die allen Bürgern ein gerechtes Maß ermöglichen, dann brauchen wir kein Grunderbe. Es müssten mehr Privilegien abgeschafft werden, z. B. Unterschiede zwischen Angestellten und Beamten, Krankenkassen privat etc.“

Hannelore W., 75 Jahre, Weimar

Jüngere befürworten Grunderbe eher

Beim Vergleich der Altersgruppen treten deutliche Unterschiede zu Tage. Während in der jüngsten Altersgruppe etwas mehr als die Hälfte das Grunderbe befürwortet, sind es in allen anderen Altersgruppen jeweils ungefähr nur ein Viertel.

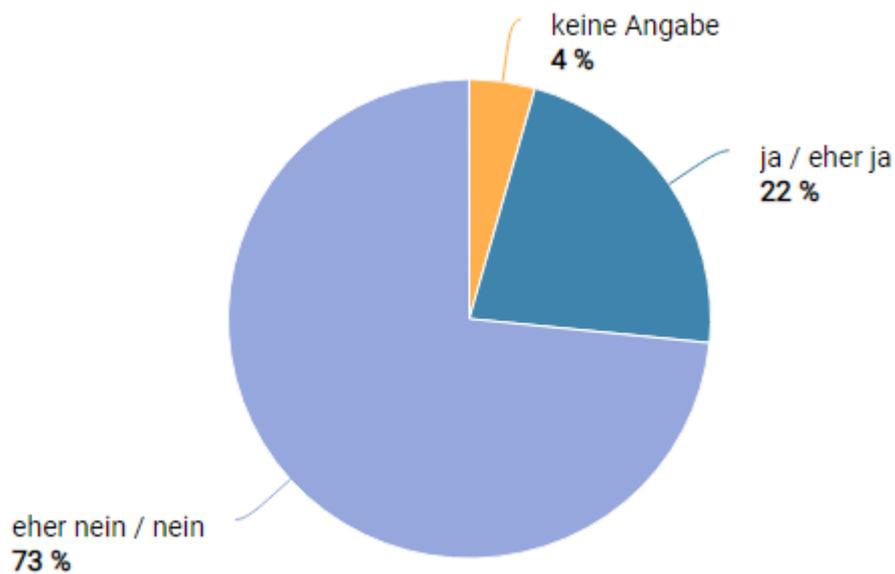
keine Angabe befürworte ich / befürworte ich eher lehne ich eher ab / lehne ich ab



Knapp drei Viertel finden, das Grunderbe **sorge nicht für mehr soziale Gerechtigkeit**

73 Prozent der befragten MDRfragt-Mitglieder denken nicht, dass das Grunderbe für mehr soziale Gerechtigkeit in Deutschland sorgen kann. Etwas mehr als ein Fünftel (22 Prozent) ist jedoch der Ansicht.

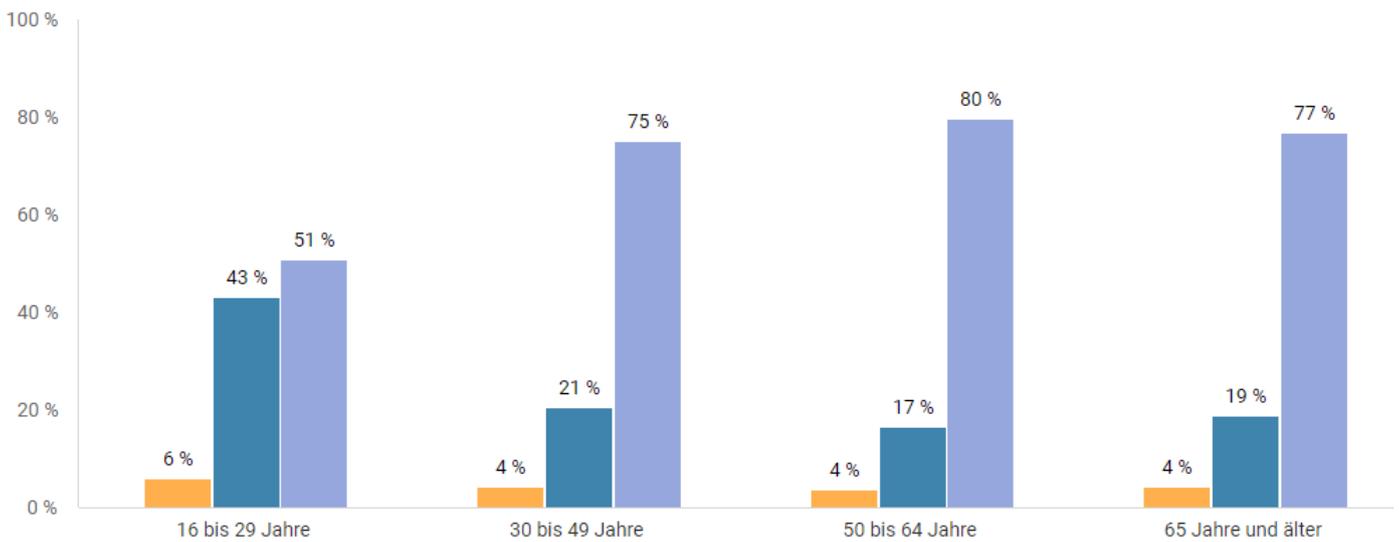
Frage: Denken Sie, dass ein "Grunderbe" für mehr soziale Gleichheit in Deutschland sorgen kann?



Jüngere denken eher, dass das Grunderbe für mehr Gerechtigkeit sorgen kann

Auch die Frage nach mehr sozialer Gerechtigkeit durch das Grunderbe bejahen eher die Jüngeren (16 bis 29 Jahre). In dieser Altersgruppe gehen 43 Prozent davon aus, dass das Grunderbe für mehr Gerechtigkeit in Deutschland sorgen kann. In allen anderen Altersgruppen ist es jeweils nur etwa ein Fünftel.

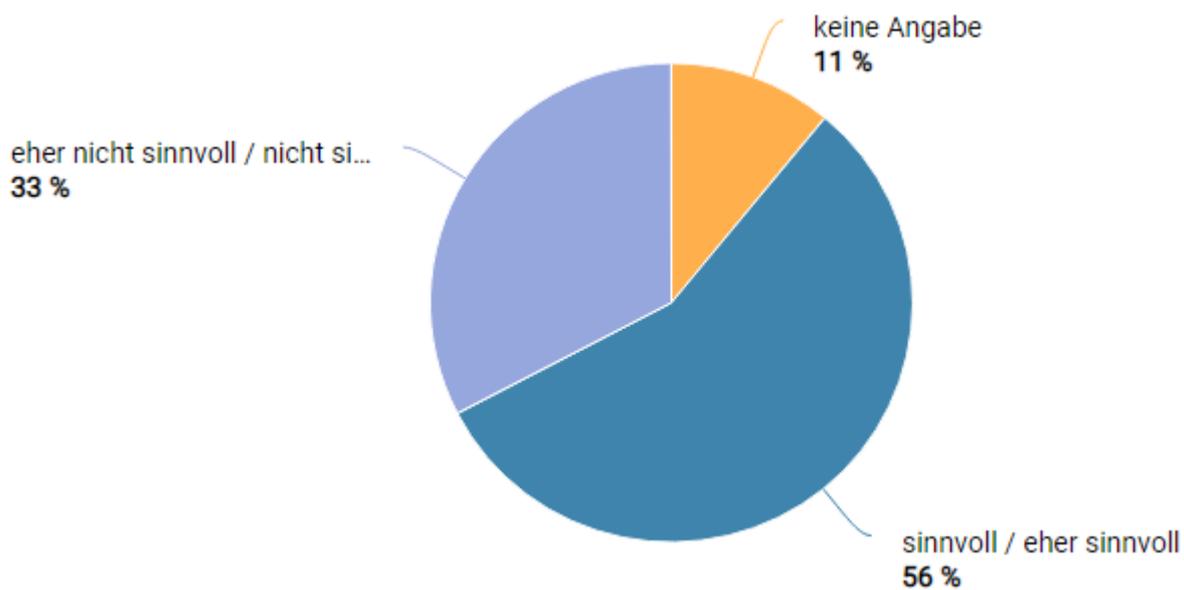
keine Angabe ja / eher ja eher nein / nein



Mehr als die Hälfte findet Bedingungen für Grunderbe sinnvoll

56 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer finden es sinnvoll, wenn die Zahlung des Grunderbes an bestimmte Bedingungen, wie zum Beispiel eine Ausbildung oder eine Selbständigkeit, geknüpft ist. Ein Drittel (33 Prozent) findet das nicht sinnvoll.

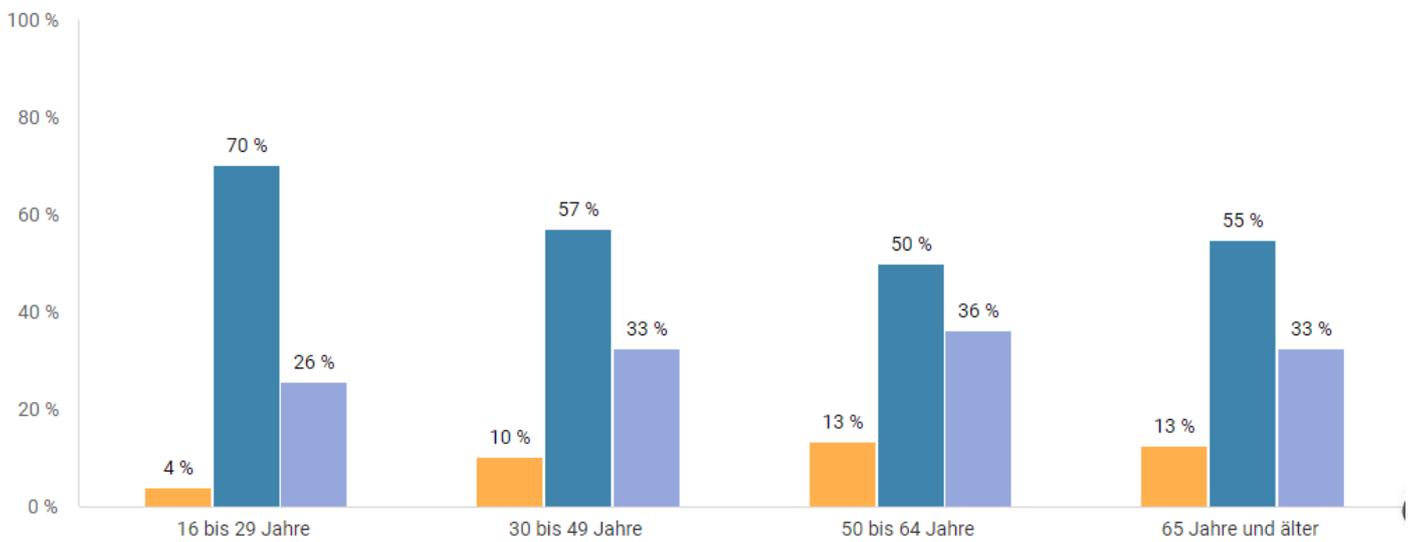
Frage: Das "Grunderbe" soll nicht einfach so ausgezahlt werden, sondern an bestimmte Bedingungen geknüpft sein, wie etwa eine Ausbildung oder eine Selbständigkeit. Wie finden Sie das?



Vor allem Jüngere wollen, dass das Grunderbe an Bedingungen geknüpft ist

Während 70 Prozent der jüngsten Altersgruppe es sinnvoll finden, dass das Grunderbe nur bei bestimmten Bedingungen gezahlt wird, sind es in den anderen Altersgruppen jeweils nur etwa die Hälfte.

keine Angabe sinnvoll / eher sinnvoll eher nicht sinnvoll / nicht sinnvoll



Ausbildung und Studium sind favorisierte Bedingungen

Von den MDRfragt-Teilnehmenden, die sich für Bedingungen fürs Grunderbe aussprechen, wollten wir wissen, welche das konkret sein sollen.

- Mit Abstand die meisten (85 Prozent) haben die Bildung – also eine Aus- oder Weiterbildung bzw. ein Studium – angegeben.
- Für 51 Prozent sollte Selbstständigkeit bzw. Unternehmensgründung eine Bedingung sein.
- 34 Prozent sprechen sich für den Erwerb von Eigentum (Immobilie, Grundstück) als Bedingung aus.
- Für 21 Prozent sollte die Einrichtung eines Sparkontos eine Bedingung sein.
- Nur sieben Prozent können sich die Anlage in Gold oder Wertpapiere als Bedingung vorstellen.

Frage: An welche Bedingungen sollte die Zahlung des "Grunderbes" Ihrer Meinung nach geknüpft sein? Sie können mehrere Antworten auswählen.

Aus- und Weiterbildung / Studium



Selbstständigkeit / Unternehmensgründung



Erwerb von Eigentum (Grundstück, Immobilie)



Einrichtung Sparkonto



Anlage in Gold / Wertpapiere (Aktien, Anleihen, Fonds etc.)



An etwas Anderes und zwar ...



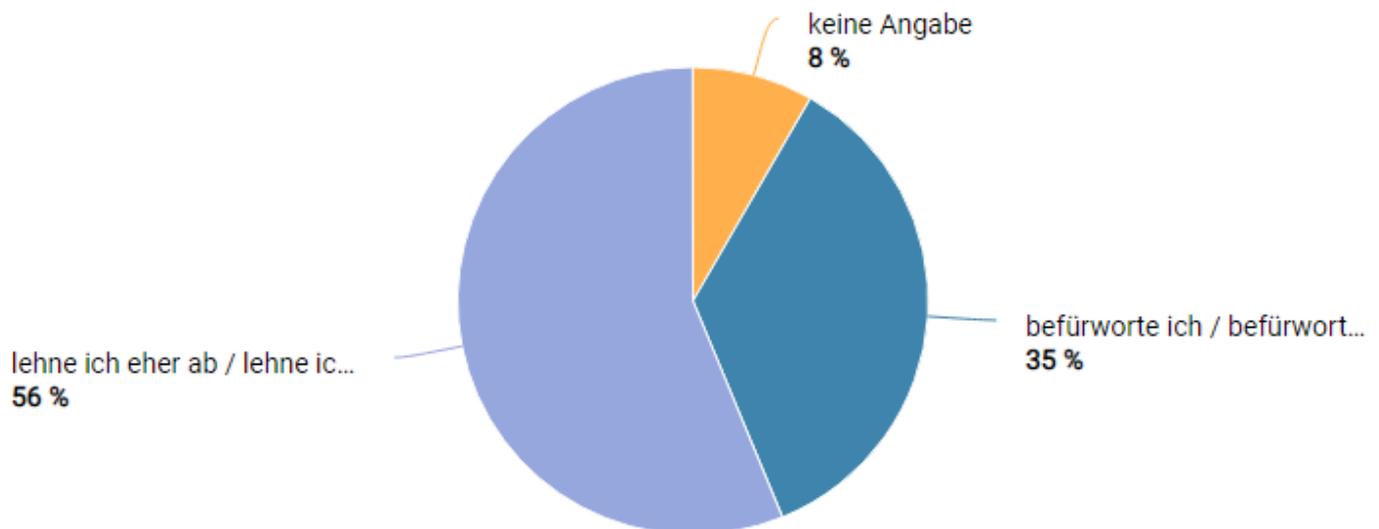
keine Angabe



Finanzierung über Erhöhung der Erbschaftssteuer lehnt mehr als die Hälfte ab

Die Kosten für das Grunderbe würden sich nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung auf knapp 15 Milliarden Euro pro Jahr belaufen. Finanziert werden sollen sie durch eine höhere Erbschaftssteuer. 56 der MDRfragt-Teilnehmenden lehnen das jedoch ab. Etwas mehr als ein Drittel (35 Prozent) befürwortet das jedoch.

Frage: Die Kosten für das "Grunderbe" würden sich nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung auf knapp 15 Milliarden Euro pro Jahr belaufen. Finanziert werden sollen sie durch eine höhere Erbschaftssteuer. Was denken Sie über eine Erhöhung der Erbschaftssteuer, um das "Grunderbe" zu finanzieren?

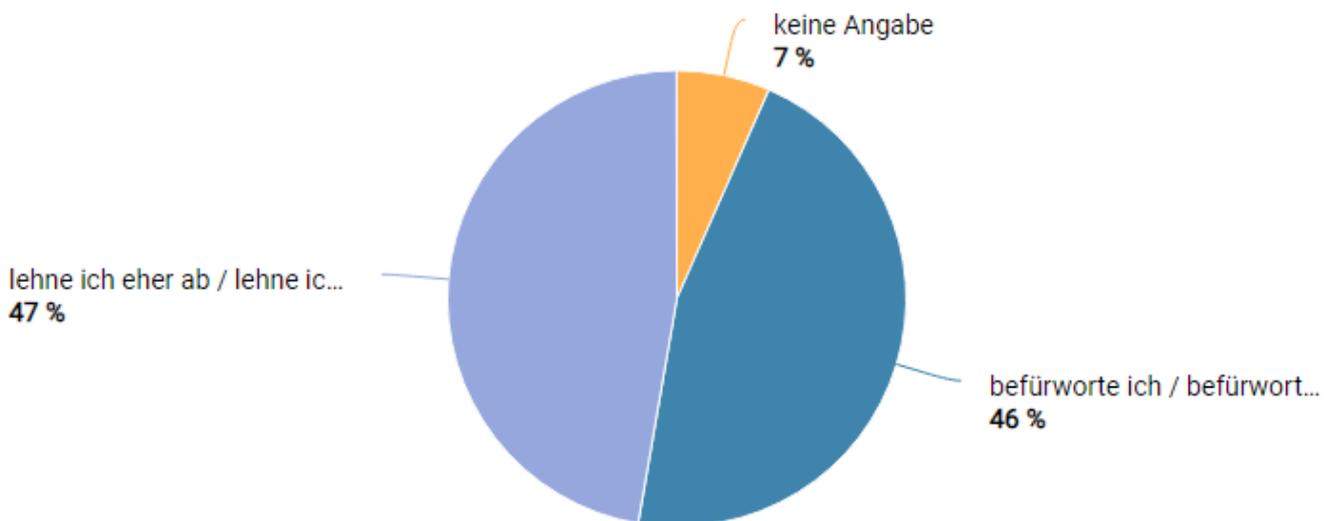


Themenbereich II: Politische Ideen und Maßnahmen zur Verringerung der sozialen Unterschiede

Gespaltenheit bei genereller Erhöhung der Erbschaftssteuer

Wir wollten von den Teilnehmenden auch wissen, ob sie sich generell für eine Erhöhung der Erbschaftssteuer aussprechen würden. Da in Westdeutschland mehr vererbt wird, könnte das für mehr soziale Gleichheit zwischen Ost und West sorgen. Jeweils etwa die Hälfte spricht sich dafür (46 Prozent) bzw. dagegen (47 Prozent) aus.

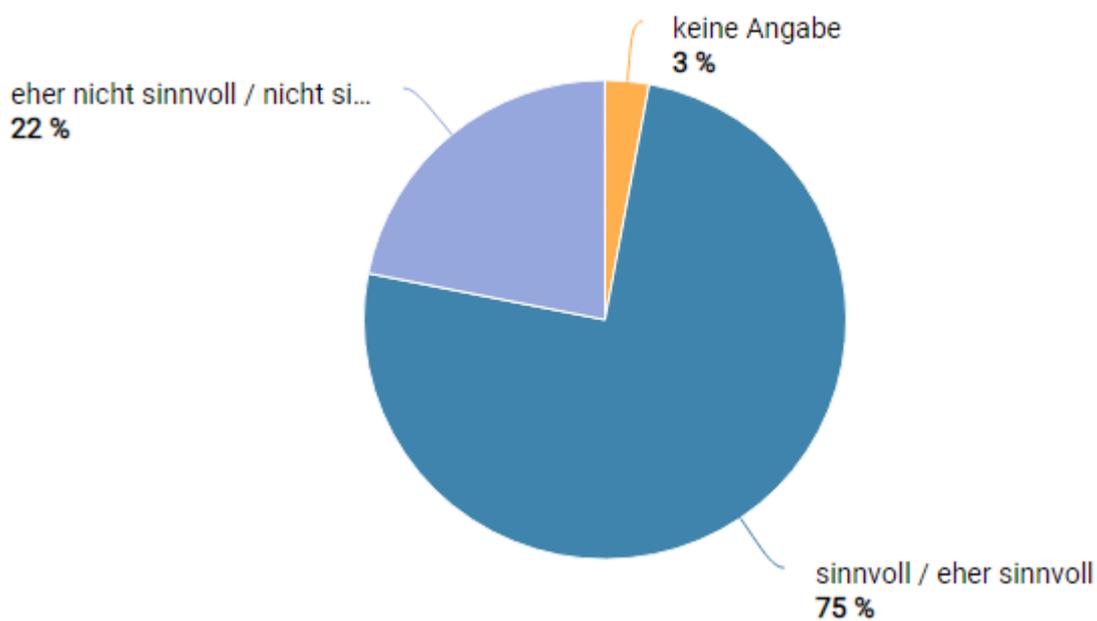
Frage: Unabhängig von der Finanzierung für das "Gründererbe" könnte die Politik auch grundsätzlich die Erbschaftssteuer erhöhen. Da im Westen mehr vererbt wird, könnte das für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen. Was halten Sie von einer grundsätzlichen Erhöhung der Erbschaftssteuer, um für mehr soziale Gleichheit zwischen Ost und West zu sorgen?



Drei Viertel würden Vermögensteuer begrüßen

75 Prozent der befragten MDRfragt-Mitglieder finden die Einführung einer Vermögensteuer sinnvoll. Etwas mehr als ein Fünftel (22 Prozent) findet sie dagegen nicht sinnvoll.

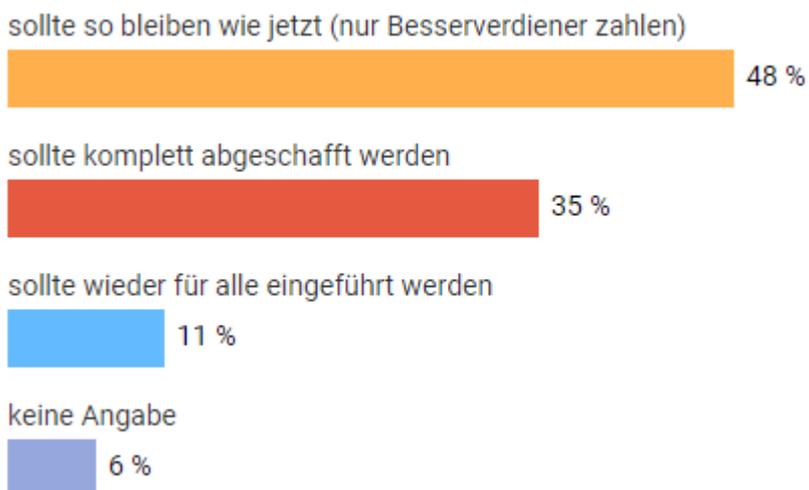
Frage: Die Ampel-Koalition plant zwar keine Vermögensteuer, in der Diskussion ist sie aber trotzdem immer wieder. Menschen, deren Vermögen eine bestimmte Höhe überschreitet, müssten dafür dann eine Steuer bezahlen. Was halten Sie von der Einführung einer Vermögensteuer?



Knapp die Hälfte gegen Änderungen am Solidaritätszuschlag

Seit Anfang 2021 ist der Solidaritätszuschlag für rund 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger abgeschafft. 48 Prozent der Teilnehmenden wollen, dass das so bleibt. Finanzminister Christian Lindner möchte ihn gern komplett abschaffen. Damit könnte sich immerhin ein gutes Drittel (35 Prozent) anfreunden. Dass der Soli wieder für alle eingeführt wird, wie es angesichts der aktuellen Krisen gerade von einigen Politikerinnen und Politikern gefordert wird, würden nur elf Prozent der Teilnehmenden begrüßen.

Frage: Seit Anfang 2021 ist der Solidaritätszuschlag für rund 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger abgeschafft. Finanzminister Christian Lindner möchte ihn gern komplett abschaffen. Angesichts der aktuellen Krisen wird aber auch darüber diskutiert, ihn wieder für alle einzuführen. Wie stehen Sie zum Solidaritätszuschlag?

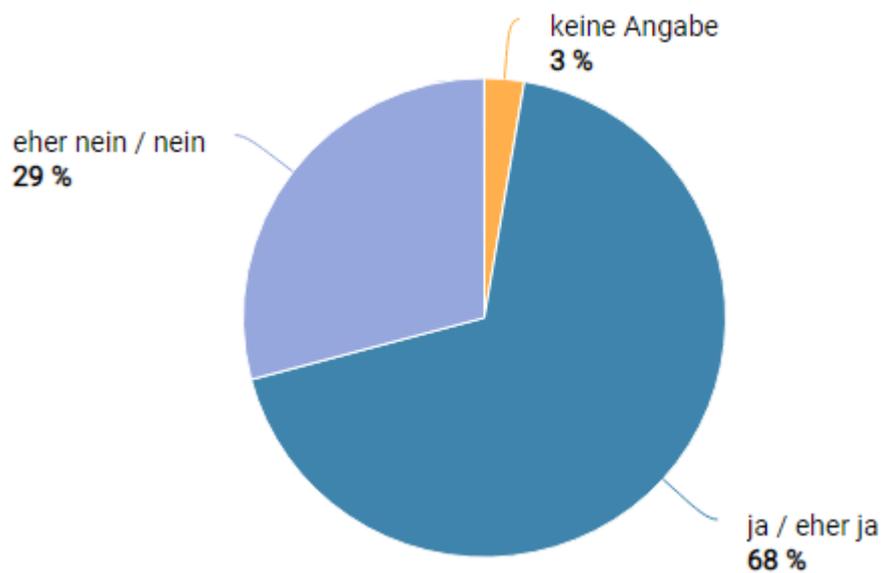


Themenbereich III: Förderung Ostdeutschlands / Soziale Unterschiede

Mehr als zwei Drittel der Ansicht, der Osten brauche heute noch eine besondere Förderung

68 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind der Ansicht, dass der Osten heute noch eine besondere Förderung brauche. 29 Prozent sehen das nicht so.

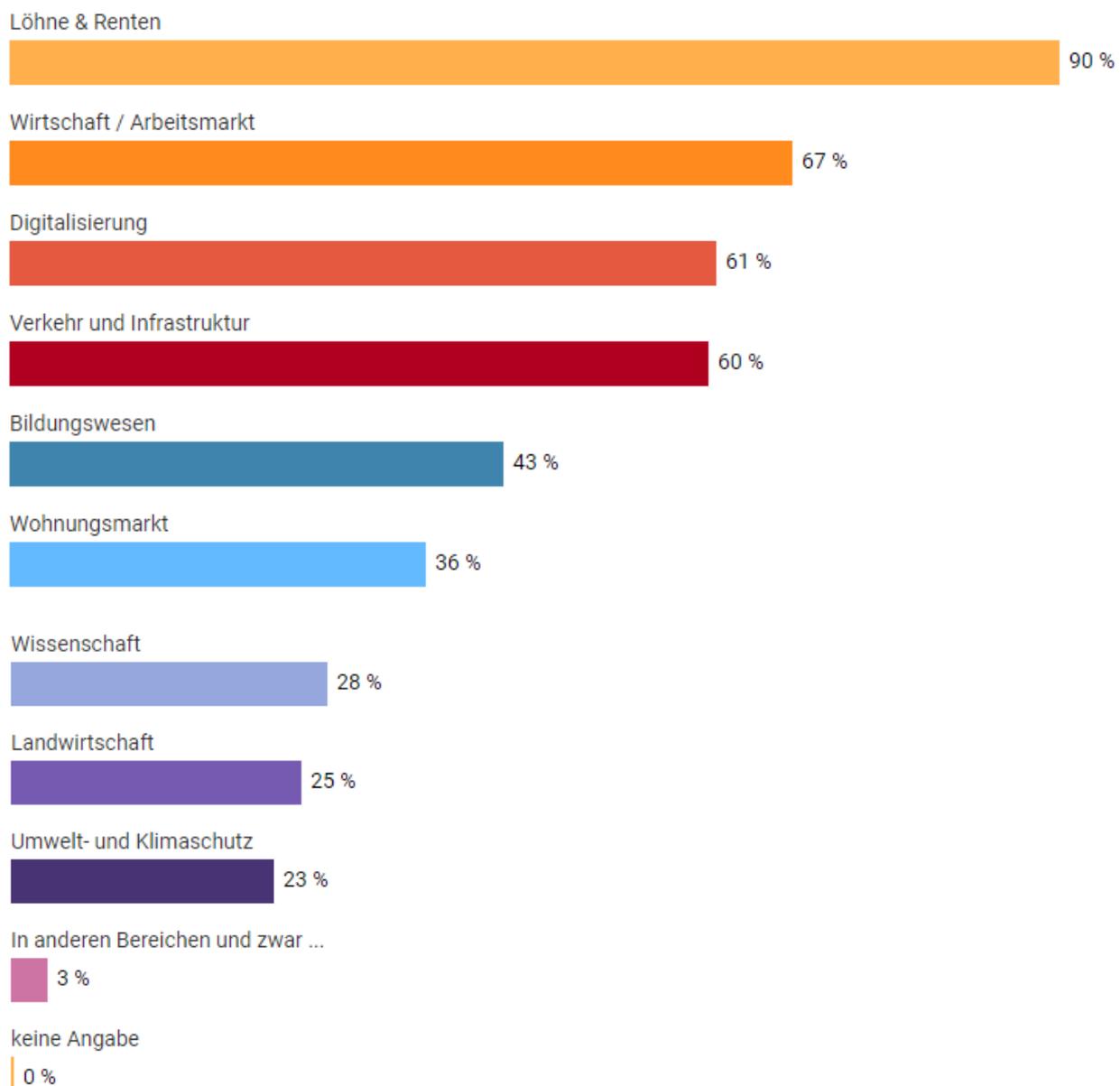
Frage: Braucht der Osten in Ihren Augen heute noch eine besondere Förderung?



Vor allem Löhne und Renten sollten gefördert werden

In den Augen der meisten MDRfragt-Teilnehmenden, die sich für eine Förderung des Ostens aussprechen, sollten die Löhne und Renten gefördert werden (90 Prozent). Wichtig ist den Förderungs-Befürwortenden außerdem die Unterstützung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes (67 Prozent), der Digitalisierung (61 Prozent) sowie des Verkehrs und der Infrastruktur (60 Prozent). Weniger wichtig ist den Befürwortenden dagegen die Förderung der Wissenschaft (28 Prozent), der Landwirtschaft (25 Prozent) und des Umwelt- und Klimaschutzes (23 Prozent).

Frage: Auf welchen Gebieten sollte Ostdeutschland heute noch speziell gefördert werden? Sie können mehrere Antworten auswählen.



Angleichung der Verhältnisse zwischen Ost und West: Zufriedenheit am größten mit Zustand der Dörfer und Städte

32 Jahre sind seit der Wiedervereinigung vergangen. Wir wollten von den Teilnehmenden wissen, wie zufrieden sie persönlich mit der Angleichung der Verhältnisse zwischen Ost und West in verschiedenen Bereichen sind. Am zufriedensten zeigen sich die Teilnehmenden mit dem Zustand der Städte und Dörfer (60 Prozent). Aber auch bei der Infrastruktur (53 Prozent) und dem Angebot an Arbeitsplätzen (48 Prozent) überwiegen die Zufriedenheitswerte, wenn auch nur leicht.

Frage: 32 Jahre sind seit der Wiedervereinigung vergangen. Wie zufrieden sind Sie persönlich mit der Angleichung der Verhältnisse zwischen Ost und West in den folgenden Bereichen?

● keine Angabe ● zufrieden / eher zufrieden ● eher unzufrieden / unzufrieden

Zustand Städte und Dörfer



Infrastruktur



Politische Mitsprache



Angebot an Arbeitsplätzen



Löhne und Gehälter



Renten



Unzufriedenheit am größten mit Gehältern, Renten und politischer Mitsprache

Um unzufriedensten sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dagegen mit den Löhnen (80 Prozent), Renten (68 Prozent) und der politischen Mitsprache (62 Prozent).



Das Meinungsbarometer für Mitteldeutschland

Zufriedenheit in Sachsen-Anhalt geringer

In einigen Bereichen lassen sich Unterschiede zwischen den Bundesländern ausmachen. So ist in Sachsen-Anhalt die Zufriedenheit mit dem Zustand der Städte und Dörfer mit 54 Prozent etwas geringer als in Sachsen (62 Prozent) und Thüringen (61 Prozent). Das Gleiche trifft auf das Angebot an Arbeitsplätzen zu. Während in Sachsen-Anhalt nur 43 Prozent damit zufrieden sind, sind es in Sachsen (50 Prozent) und Thüringen (49 Prozent) etwas mehr.

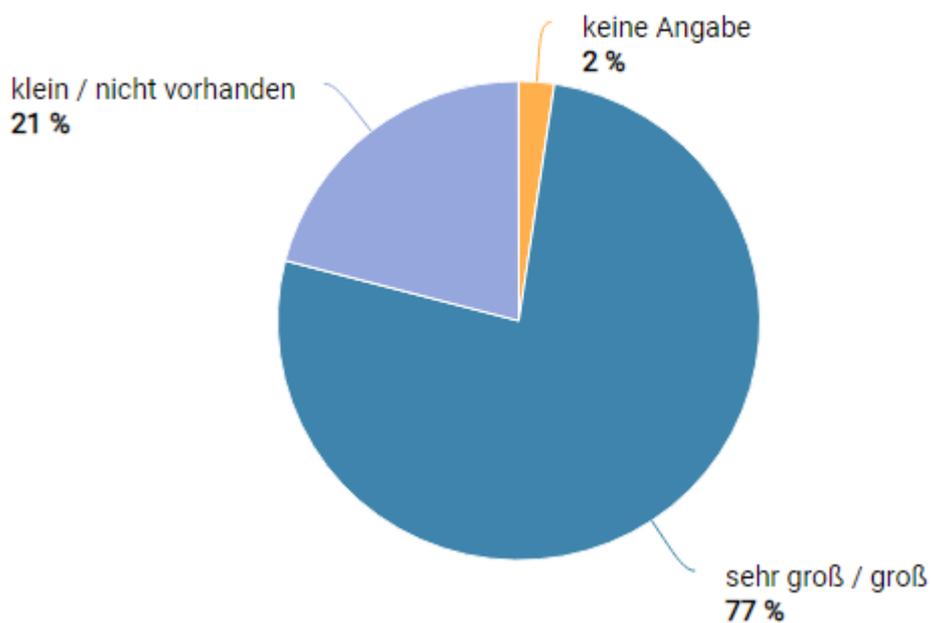
Stadtmenschen sind zufriedener

Auch beim Vergleich von Stadt und Land fallen Unterschiede auf. In allen abgefragten Bereichen sind die MDRfragt-Mitglieder, die in einer städtischen Region wohnen, zufriedener. Am größten sind die Unterschiede im Bereich Infrastruktur: In der Stadt sind 60 Prozent der Teilnehmenden damit zufrieden, auf dem Land sind es 46 Prozent. Aber auch beim Zustand der Städte und Dörfer (Stadt: 63 Prozent, Land: 56 Prozent) sowie bei der politischen Mitsprache (Stadt: 37 Prozent, Land 30 Prozent) zeigen sich Unterschiede in den Zufriedenheitswerten.

Knapp acht von zehn sehen große soziale Unterschiede zwischen Ost und West

77 Prozent der Teilnehmenden finden, dass es große soziale Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland gibt. In den Augen von gut einem Fünftel (21 Prozent) gibt es dagegen nur geringe bzw. keine Unterschiede.

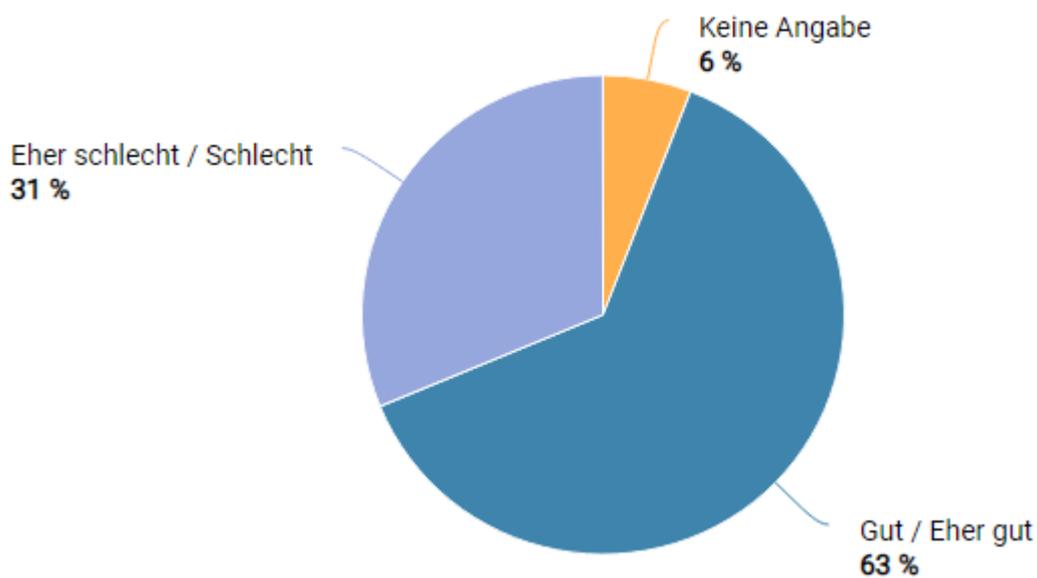
Frage: *Wie groß sind in Ihren Augen die sozialen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland?*



Knapp zwei Drittel schätzen eigene wirtschaftliche Situation als gut ein

63 Prozent zeigen sich mit ihrer persönlichen wirtschaftlichen Lage zufrieden. Ein knappes Drittel (31 Prozent) sieht sich dagegen finanziell benachteiligt.

Frage: Das "Grunderbe" soll die finanziellen Möglichkeiten junger Menschen in Ostdeutschland stärken. Wie sieht das bei Ihnen persönlich aus: Wie bewerten Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage?



Hinweise zur Auswertung

Die Befragung vom 20.-23.05.2022 stand unter der Überschrift:

Kann das Grunderbe für mehr soziale Gleichheit sorgen?

Insgesamt sind bei MDRfragt 61.423 Menschen aus Mitteldeutschland angemeldet (Stand 23.05.2022, 12.00 Uhr).

24.804 Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben online an dieser Befragung teilgenommen.

Verteilung nach Altersgruppen:

16 bis 29 Jahre:	314 Teilnehmende
30 bis 49 Jahre:	3.695 Teilnehmende
50 bis 64 Jahre:	10.568 Teilnehmende
65+:	10.227 Teilnehmende

Verteilung nach Bundesländern:

Sachsen:	12.694 (51 Prozent)
Sachsen-Anhalt:	6.180 (25 Prozent)
Thüringen:	5.930 (24 Prozent)

Verteilung nach Geschlecht:

Weiblich:	11.191 (45 Prozent)
Männlich:	13.558 (55 Prozent)
Divers:	55 (0,2 Prozent)

Die Ergebnisse der Befragung sind nicht repräsentativ. Wir haben sie allerdings in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat nach den statistischen Merkmalen Bildung, Geschlecht und Alter gewichtet. Das heißt, dass wir die Daten der an der Befragung beteiligten MDRfragt-Mitglieder mit den Daten der mitteldeutschen Bevölkerung abgeglichen haben.

Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.